

Gründet am 14. Sept.  
1904. Sitz: Berlin  
140 211.  
In bezug im Verlag  
"Die Eiche", Berlin  
N.D. 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die hoch-  
geschätzte Politik:  
20 Pf.  
Arbeitsmarkt 15 Pf.  
Ortsvereinsangelegen  
10 Pf.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 51/52.

Berlin, den 28. Dezember 1928

89. Jahrg.

Gewerkschaft  
N. 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an H. Vollmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins  
bekanntesten Postfachern: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 222,  
Einkl. Geldsendungen an M. Schwaner, Berlin, N.D. 55, Greifswalderstr. 222, Postfach. 39521 beim Postfachamt Berlin N.D. 7.

Gewerkschaft  
N. 4719

## Weihnachtsgedanken.

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Mitglieder kommen, dann haben die ehernen Zungen von den Glockentürmen bereits den Einzug des Weihnachtsfestes verkündet. Das Fest der Liebe und Freude! Keine Zeit regt mehr an, Freude zu bereiten und Gutes zu stiften, als gerade die Weihnachtszeit, wenn der grüne Tannenbaum, behangen mit buntem Glitzer, unter strahlendem Kerzenschimmer seinen würzigen Duft verbreitet, wenn die Kinder glückselig den Eltern danken für all die herrlichen Gaben. Die Zeit des Weihnachtsfestes ist eine herrliche Zeit und mancher, der im täglichen Kampf ums Dasein müde und abgestumpft geworden ist, erinnert sich seiner Kindheit und gedenkt wehmütig der seligen Stunden, die er im Kreise seiner Lieben unter dem Tannenbaum verlebt hat.

Glückliche Weihnachten! möchten auch wir unsern Kollegen draußen im Lande, in der Großstadt rufen. Leider wissen wir, daß dieser von ganzem Herzen kommende Wunsch bei vielen nicht in Erfüllung gehen wird. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist so trübe, die Arbeitslosigkeit und der Verdienst ein so geringer, daß mancher Familienvater statt mit Freude mit tiefer Bekümmernis dem Weihnachtsfest entgegen sieht. Weiß er sich doch infolge der langen Arbeitslosigkeit außer Stande, seinen Kindern auch nur um einen Pfennig Wert zu schenken. Doppelt schmerzhaft wird es ihn be- zürhren, wenn er den sehnsuchtsvollen Blick der Kleinen nach den Fenstern der Nachbarnwohnungen gerichtet sieht, wo hinter den hellen Gardinen der Christbaum schimmert. Den Vater bedrückt dieser Blick wie ein stummer Vorwurf, und statt Frieden zieht Erbitterung in sein Herz ein.

Wie mag es im Herzen unserer jungen, wandernden Kollegen aussehen? Weihnacht auf der Straße! Wir können es verstehen, wenn in solcher Stunde ein brennender Schmerz sich in ihrem Herzen bemerkbar macht. Sie fühlen sich verlassen, einsam; vielleicht nie so stark wie in dieser Stunde paßt sie das Heimweh. Sie sehnen sich mit allen Fasern ihres Herzens heim in den Kreis ihrer Eltern und Geschwister, um mit ihnen Weihnacht zu feiern.

In solchen Augenblicken, wo die Sorgen unserer Kollegen, wie die nächsten Tage sich gestalten, wovon sie leben werden, sich geltend machen, legen diese Unglücklichen sich die Frage vor, weshalb sie verurteilt sind, zu feiern. Da sind es sicherlich nicht Gedanken der Liebe und Freude, die in das bekümmerte Herz schleichen, sondern Gedanken des Mitleids und der Erbitterung. Besonders werden diese Gedanken wachgerufen, wenn diese Verurteilten sehen, wie die andern, die unbehelligt von den Sorgen des Lebens die Festesfreude in vollen Zügen genießen, während tausende braver deutscher Arbeiter trotz angestrengter ununterbrochener Tätigkeit nicht in der Lage waren, so viel zu verdienen, um einige Groschen für die Zeit der Not zurücklegen zu können. Auch unsere alten Arbeitsveteranen, von denen mancher durch die Mitarbeit seiner Ehehälfte einen Sparpfennig zurückgelegt haben, werden an diesem Abend mit gemischten Gefühlen daran danken, daß Krieg und Inflation auch ihnen den letzten Sparpfennig genommen haben. Auch sonst wird die Weihnachtsfreude stark getrübt. In Elbing und Danzig auf der Schichauwerft stehen 1500 Arbeiter und Angestellte vor der Entlassung. Diese müssen damit rechnen, als Weihnachtsgeschenk die Entlassungspapiere zu erhalten. Ähnlich gelagert sind die Verhältnisse auf den andern See- schiffswerften. Hier stehen die Kollegen schon seit dem 1. Oktober im Kampf. Der Machtwille der Unternehmer hat bisher eine Verständigung verhindert. Gleichfalls übt der Ruhestreik seine Nachwir- kungen aus und läßt eine rechte Weihnachtsfreude nicht mehr hoch- kommen. Die Mecklenburgischen Metallindustriellen glauben auch die Weihnachtsstimmung zu erhöhen, indem sie den Vertrag kündigten. In der Textilindustrie macht sich immer stärker der Machtwille der Un- ternehmer bemerkbar.

Gleich anderen Industrien stehen wir auch in der Holzindustrie vor schweren Entscheidungen. Der Mantelvertrag ist von Arbeitnehmer- seite gekündigt, die besonders dringlich notwendig ergebenden Ver- besserungsvorschläge sind dem Arbeitgeberverband übermittelt worden. Dieser wird nun dazu Stellung nehmen. Auch hier wird man sich auf einige Ueberraschungen gefaßt machen müssen.

Den geringsten Einfluß scheint das Weihnachtsfest auf die Ar- beitgeber der Berliner Holzindustrie und des Holzgewerbes auszuüben. Statt Frieden auf Erden, ertönt dort immer lauter der Ruf nach dem Staatsanwalt. In der Ausübung „christlicher Nächstenliebe“ wird der gegenseitige Vorwurf des Diebstahls und der Verleumdung erhoben. Wir haben bisher diesen Kampf, der jetzt geradezu widerliche Formen annimmt, verfolgt, ohne weiter davon Notiz zu nehmen, wir haben lediglich unser Augenmerk darauf zu richten, daß dieser Streit nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird. Die großen Tageszeitungen beschäftigen sich allerdings jetzt lebhaft mit diesen Vor- gängen. Die Arbeitsgemeinschaft der Berliner Tischlermeister, der freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin und die Ver- einigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie (Vabeho) geben seit kurzer Zeit eine Fachzeitschrift „Das Deutsche Holzgewerbe“ heraus, in der gegen den Obermeister der Berliner Tischler-Innung Pöth besonders scharf Stellung genommen wird. Die feinerzeit getätigte Wahl des Obermeisters der Berliner Tischler-Innung wurde be- anstandet und von der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt. Diese hat nun für den 17. Dezember eine Neuwahl anberaumt, die unter Aufsicht eines amtlichen Kommissars stattfinden soll. Kurz vor der Wahl macht man nun die unliebsame Entdeckung, daß die zur ord- nungsmäßigen Wahl notwendigen Hebelisten aus dem Innungsbüro verschwunden sind. Man beschuldigt sich nun gegenseitig des Dieb- stahls. Für die Herbeischaffung der Hebelisten setzt die Arbeitsge- meinschaft eine Belohnung von tausend Mark aus, während der Vor- stand der Tischlerinnung eine solche von nur 300 Mk. aussetzt. Neben diesem Kampf wird noch ein Rattenkönig von Prozessen geführt, die alle auf Kosten der Berliner Tischlermeister geführt werden. In diesen Kreisen ist beim besten Willen von einer Weihnachtsstimmung nichts zu merken.

Besonders getrübt wird die Weihnachtsstimmung durch die sprung- hafte Zunahme der Arbeitslosigkeit. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der zweiten November- hälfte sowohl absolut als auch verhältnismäßig, noch stärker als in den vorhergehenden 14 Tagen zugenommen. Die Zahl der Hauptunter- stützungsempfänger ist in der Zeit vom 16. bis 30. November von rund 805 000 auf 1 030 000 gestiegen. Auch die Krisenunterstützung weist eine stärkere Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger von rund 99 100 auf 108 000 auf. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Steigerungen zu einem erheblichen Teil auf die Auswirkungen der gewaltigen Aussparungen zurückzuführen sind.

Ist nach allem diesen die wirtschaftliche Lage alles andere als rosig, so ist auch der politische Horizont stark mit dunkeln Wolken unlagert. Bei unsern Brüdern und Schwestern kann keine rechte Weihnachtsfreude aufkommen, solange fremde Truppen deutsches Gebiet besetzt halten. Diese Tatsache wird bei allen Deutschen als eine Schmach empfunden. Wir können nur als schönstes Weihnachtsgeschenk wünschen, daß dieser Schandfleck so schnell wie möglich beseitigt wird. Dieses wird um so eher geschehen, je schneller die Einigkeit des deutschen Volkes in vollem Umfange in allen wichtigen Fragen zutage tritt. Hieran in erhöhtem Maße mitzuarbeiten, ist auch ein Gedanke, den wir alle am Weihnachtsabend geloben wollen. Fort mit allen Spielereien, die geeignet sind, die Einigkeit zu stören. Es gibt leider immer noch Kreise, die nur zu leicht vergessen haben, wie in den Kriegsjahren gerade an den Weihnachtsabenden tausende von Familien um ihre Liebsten ge- bangt, um die Verlorenen getrauert haben. Umso mehr ist es notwendig an die Geburtsnacht jenes Nazareners zu denken, wo allgemein ver- kündet wurde:

Friede auf Erden.

Möge dieser Friedensgedanke alle Herzen befeelen. Dieser Ge- danke hat von jeher im Kreise unserer Gewerksvereinsfamilien im Vor- dergrund gestanden, möge er auch weiter mehr zur Auswirkung ge- reifen, damit wir freudig, aus vollem Herzen rufen können:

Fröhliche Weihnachten!

## Zur Kündigung des Mantelvertrages.

Der bis zum 15. Februar 1929 geltende Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe hat im 4. Teil seiner Vertragsbestimmungen einen Passus enthalten, der besagt, daß spätestens vier Wochen nach der Kündigung die Verhandlungen über etwaige Erneuerung des Vertrages aufgenommen werden müssen. Um diese Bestimmung zu erfüllen, ist jedoch notwendig, das Verhandlungsobjekt fertigzustellen. Da die Kündigung von Arbeitnehmerseite ausging, mußten auch in erster Linie von dieser Seite die Unterlagen für die Verhandlungen geschaffen werden, ohne daß damit das Recht der Gegenseite, ihrerseits Forderungen zu stellen, unterbunden wird.

Unsere Kollegen sind bereits davon unterrichtet, daß in Arbeitnehmerkreisen zunächst die Absicht bestand, ohne Kündigung des Vertrages die dringlichsten Änderungen der Bestimmungen durch gemeinsame Verhandlungen herbeizuführen. Die Arbeitgeber haben jedoch den Vorschlag abgelehnt, worauf dann die Kündigung erfolgte. Es entstand nun die Frage, ob man es bei den, den Arbeitgebern überreichten Forderungen belassen oder einen ganz neuen Vertragsentwurf einreichen soll. Nach reiflicher Überlegung entschied man sich für das letztere, so daß dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes im Namen der drei Arbeitnehmerorganisationen des Holzgewerbes eine Vertragsvorlage zur Erneuerung des Mantelvertrages übersandt wurde, die bei den kommenden Verhandlungen als Arbeitnehmervorlage bewertet werden muß. Der Arbeitgeberverband hat diese Vorlage in seinem Organ „Die Holzindustrie“ in seinem Wortlaut veröffentlicht und wird sich in einer am 13. Dezember einberufenen Sitzung damit beschäftigen.

Der Arbeitnehmerentwurf ist noch nicht als abgeschlossen zu betrachten, er weist in den einzelnen Teilen noch Lücken auf, die ergänzt werden müssen, sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Besonders tritt dies im räumlichen Geltungsbereich hervor.

Eine wichtige Änderung, die gefordert wird, betrifft die Ortsklasseneinteilung. Sie erfolgte bisher in den Bezirken. Nach dem Entwurf soll ein System eingeführt werden, bei welchem der höchste für einen Ort im Bereich des Mantelvertrages festgesetzte Lohn mit 100 Prozent bewertet wird. Von diesem Satz ausgehend, werden Ortsklassen gebildet mit einem um je 2 Prozent niedrigeren Lohn bis herab auf 76 Prozent. Auf diese Art entsteht eine größere Zahl von Ortsklassen. Die Einreihung der einzelnen Orte in diese Klassen soll den bezirklichen Vertragsparieten überlassen bleiben. Bei diesem System würde das zentrale Lohnamt nicht mehr für jeden Bezirk einen Spitzenlohn festzusetzen haben, sondern es gäbe für das ganze Vertragsgebiet nur einen Spitzenlohn, der mit 100 Prozent bewertet ist. Dabei ist auch dem Gedanken der „Lohnbildung in der Heimat“ Rechnung getragen, worauf verschiedene Gruppen im Unternehmerlager so großen Wert legen. Die Festsetzung des Lohnes für den einzelnen Ort erfolgt dann bezirklich durch die Einreihung in die Ortsklassen, die so gestaltet sind, daß auch feinere Unterschiede berücksichtigt werden können.

Für die Kündigung des einzelnen Arbeitsverhältnisses enthält der jetzige Vertrag keine bindende Vorschrift. Er überläßt die Regelung den Vertragsparteien. Beim Fehlen einer Vereinbarung gilt das Gewohnheitsrecht. Jetzt wird eine schriftliche Regelung mit der Betriebsvertretung gefordert. Wo sie nicht erfolgt, soll die gegenseitige Kündigungsfrist gelten.

In Bezug der Arbeitszeit ist die Forderung nach Herabsetzung der Arbeitszeit auf 46 Stunden erhoben worden. Das ist an und für sich nichts Neues. Diese Arbeitszeit besteht in Berlin, ohne daß das Berliner Holzgewerbe dadurch den geringsten Schaden erlitten hat. Die Forderung ist auch begründet durch die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse. Ueber Mehrarbeit soll in allen Fällen der Unternehmer in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung entscheiden. Länger als eine Woche soll nur mit Zustimmung der beiderseitigen örtlichen Organisationsleitungen Überzeit gearbeitet werden dürfen. Die Zuschläge sollen im Mantelvertrag festgesetzt werden und für Überstunden 25, für Nachtarbeit 50 und für Sonntagsarbeit 100 Prozent betragen.

Die Lohnstaffelung nach Altersklassen soll eine Erweiterung erfahren insofern, als auch für Arbeiter unter 16 Jahren ein Vertragslohn festgesetzt wird. Weiter wird die Festsetzung der Entschädigungssätze für die Lehrlinge im Mantelvertrag gefordert. Diese sollen in den vier Lehrjahren 14, 20, 30 und 40 Prozent vom Tariflohn des über 22 Jahre alten Facharbeiters betragen. Als Tariflohn soll wie bisher der Durchschnittslohn gelten. Für jüngere Arbeiter soll unter Mitwirkung der Betriebsvertretung ein Lohn festgesetzt werden können, der bis 10 Prozent unter dem Tariflohn liegt.

Bei der Umzeichnung des Begriffes „Facharbeiter“ sind die Voraussetzungen für die Anerkennung einiger Gruppen von Spezialarbeitern als Facharbeiter neu formuliert. Der jetzige Vertrag enthält im § 33 Sonderbestimmungen für die Bezirke, in denen der „angelernte Arbeiter“ als besondere Gruppe nicht eingeführt ist. Hier ist wieder eine Lücke im Entwurf. In dieser Frage werden zunächst keine Forderungen gestellt. Die Lücke soll nach erfolgter Ausprache mit der Gegenseite geschlossen werden.

In § 38 war bisher bestimmt, daß Akkordarbeiter bei vorübergehender Lohnarbeit 5 Prozent Zuschlag erhalten. Diese Bestimmung soll klarer gefaßt und der Zuschlag auf 10 Prozent festgesetzt werden.

Hinsichtlich der Ferien werden die Forderungen erhoben, die bereits veröffentlicht und als dringliche Änderungsanschläge bei einer Vertragsrevision bezeichnet wurden. Es handelt sich demnach um eine Herabsetzung der Wartezeit innerhalb der Ferienperiode von 4 auf 2 Monate und Bemessung der Feriendauer für alle Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der Lehrlinge und Jugendlichen auf 5 bis 9 Tage.

Für den Schiedsvertrag in Arbeitsstreitigkeiten ist ein formulierter Vorschlag noch nicht gemacht, hier soll der Weg zu den Arbeitsgerichten in erhöhtem Maß freigegeben werden.

Das sind im Grunde genommen die Hauptforderungen, die von Seiten der Arbeitnehmerverbände gestellt worden sind. Es bleibt nun abzuwarten, welche Gegenvorschläge von den Unternehmern gemacht werden. Ueber den weiteren Verlauf der Bewegung werden wir die Kollegen unterrichten.

## Das alte Lied.

Bei aller hervorragenden Vervollkommnung der Technik kann sich Herr v. Borjig von der alten Walze nicht trennen, er spielt immer noch das alte Lied von den hohen Löhnen und der untragbaren Sozialpolitik. Vielleicht ist auch eine gewisse Absicht vorhanden, die öffentliche Meinung von dem Ruhrkampf abzulenken oder zu beeinflussen. Auf jeden Fall hat die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sich nicht der geringsten Mühe unterzogen, auf ihrer Tagung, die am Freitag, den 14. Dezember in den Räumen des Reichswirtschaftsrats zu Berlin ihren Anfang nahm, neue Gesichtspunkte in den Vordergrund treten zu lassen. Die äußere Regie war, wie immer, glänzend, Professoren der Wissenschaft waren herangezogen, um dem Ganzen einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben, doch konnten auch diese die innere Hohlheit nicht verbergen.

Zunächst versuchte Herr v. Borjig in seinen Ausführungen nachzuweisen, daß die „Ueberspannung“ der sozialpolitischen Gesetzgebung die deutsche Wirtschaft in eine unhaltbare Lage gebracht hätten. Obwohl Redner nicht direkt einen Abbau der Sozialgesetzgebung forderte, waren seine Worte doch so gehalten, daß sie die Opposition gegen die Sozialpolitik der Regierung wesentlich in ihrem Bestreben bestärkte. Herr v. Borjig schilderte die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Wirtschaft gegenwärtig zu kämpfen habe, indem er insbesondere auf die drückenden Verpflichtungen des Pariser Vertrages einging. Das deutsche Volkvermögen sei nach dem Kriege um ein Drittel verloren gegangen. Demgegenüber stellte Redner die Behauptung auf, die deutsche Arbeiterklasse habe ihre Lage gegenüber der Vorkriegszeit verbessert. Man habe die Löhne gesteigert, die Arbeitszeit verkürzt und die sozialen Leistungen der Arbeitgeber erhöht. In seinen sehr einseitigen Darlegungen suchte Herr v. Borjig nachzuweisen, daß bei einem Lebenshaltungsindex von 152 die Arbeiterlöhne gegenüber der Vorkriegszeit um 60 bis 80 Prozent gestiegen seien. Nach der Darstellung Borjigs arbeite die ganze deutsche Wirtschaft unrentabel. Der Bergbau sei ertraglos, die Eisen- und Metallindustrie rentiere sich nicht und der Wohnungsbau könne nur mit Hilfe von Steuermitteln betrieben werden. Demnach sei der Verdienende allein der Arbeitnehmer.

Diese tendenziöse Gegenüberstellung der „Nollage“ der Wirtschaft mit dem angeblichen „Wohlfstand“ der Arbeiter sucht Herr v. Borjig insofern politisch auszuwerten, als er sie als die Folge der gegenwärtigen Sozialpolitik hinstellt.

„Dadurch erweckt Herr v. Borjig den Eindruck, als könne die Lage der Wirtschaft nur gebessert werden, wenn man die sozialen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer entsprechend verschlechtert.“

Unter deutlicher Anspielung auf die jüngsten Ausperrungsmaßnahmen der Großindustrie führte Redner nämlich a us:

„Weiter kommen werden wir nur, wenn Unternehmer und Arbeiter bei der Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen gezwungen sind, selbst miteinander fertig zu werden und nicht mehr in den heutigen Formen die Flucht hinter den Rücken des Staats antreten können.“

Mit anderen Worten: Die Arbeitnehmer sollen nicht mehr den Schutz der behördlichen Schlichtungsmethoden genießen, sondern man will sie dazu zwingen, sich die Arbeitsbedingungen der Unternehmerverbände diktieren zu lassen. Diesen Zweck verfolgte doch zweifellos die große Ausperrungsaktion, von der Hunderttausende westdeutscher Arbeiter betroffen wurden.

Herr v. Borjig bestritt, daß die Unternehmer sozialreaktionär eingestellt seien, aber er bewies mit seinen Ausführungen selbst am deutlichsten, daß er und mit ihm die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Tendenz verfolgen, ihre ganze Macht aufzubieten, um die Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung zurückzuwerfen. Trotz aller Bemängelung ist die ganze Rede, die Herr v. Borjig auf dieser Tagung gehalten hat, als ein einziger

Angriff auf die Sozialpolitik, gegen den Staat, gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu bewerten.

Dieser Rede folgte ein Vortrag des Vizepräsidenten, Unterstaatssekretärs Dr. von Vederath über das Thema:

„Politische Ideen und Wirtschaftsverfassungen der heutigen Zeit im internationalen Vergleich.“

Derselbe entwickelte folgende Gedankengänge:

Man überlasse die Regulierung der Wirtschaft nicht mehr allein dem freien Spiel der Kräfte, sondern man schaffe durch aus der freien Wirtschaft entstehende Organisationen große Komplexe, wie man auch den Wirtschaftsablauf durch die staatliche Währungs- und Kreditpolitik zu lenken suche. Man komme an Stelle der automatischen Reaktion zu einer präventiven Wirtschaftlenkung durch die Marktverbände. Dabei sei diese Wirtschaftsgestaltung, vermöge des Ertragsstrebens in Anpassung an die Kaufkraft, der auf dem Markt sich äußernden Konsumbedürfnisse durchaus in derselben Weise geregelt, wie bei dem liberalen Kapitalismus auch.

Wo jede Voraussetzung für das Verständnis der komplizierten Wirtschaftsvorgänge fehle, wirke der politische Eingriff wie das Einstreuen von Sand in die Räder einer feinen Maschine, sie stehe zwar nicht sofort still, nütze sich aber sehr schnell ab und werde in kurzer Zeit unbrauchbar. Die Auslichten und das Schicksal des modernen Kapitalismus bestimme sich nicht allein aus seinen ökonomischen Grundlagen, sondern nach dem Grade der Harmonie, welche zwischen der Wirtschaft und der politischen Gesellschaft bestehe, das heißt zwischen den Bedürfnissen und dem geistigen und Willensinhalt der in allen großen Industrieländern herrschenden parlamentarischen Demokratie. Diese Harmonie sei von allen großen Wirtschaftsländern in Deutschland am wenigsten gegeben. Der Persönlichkeitsgedanke deutschen Ursprungs habe sich verbunden mit dem aus dem Nationalismus stammenden Gleichheitsgedanken und das notwendige Ergebnis sei die höchste Verwirrung und Zerspaltung der politischen Willensbildung. Das werde doppelt verhängnisvoll, wenn ein ökonomisch überhaupt schlecht orientiertes Volk von einer falschen konsumwirtschaftlichen und verfehlten Kulturbewegung beherrscht sei; eine Einstellung, die dazu führe, in der Aufrechterhaltung prunkvoller Fassaden vor einer in Wahrheit dürftigen und mit harter Not ringenden Wirtschaft nicht nur eine Kulturlast, sondern auch einen Beweis wirtschaftlicher Kraft zu sehen. Eine Einstellung, die eine wirtschaftliche Lage gegen uns und andere sei. Desorientiert und falsch eingestellt, durch den Einfluß der Auslandskredite über das Maß seiner eigenen Wirtschaftskraft getäuscht, gleite das deutsche Volk ahnungslos in die Gefahr zu hohen Konsums und zu geringer Kapitalbildung hinein.

Der nächste Redner war der Syndikus der Vereinigung, Regierungspräsident z. D. Brauweiler, welcher das Thema:

„Aufgaben und Programm der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“

behandelte.

Die von diesem Redner vorgetragenen programmatischen Leitsätze hatten folgenden Inhalt:

Das deutsche Unternehmertum geht bei Aufstellung und Durchführung seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze von der Erkenntnis aus, daß Vorbedingung für wirtschaftlichen und Arbeitnehmer und die Beschaffung staatlicher Maßnahmen auf Fälle, wo der unmittelbare Staatszweck ein Eingreifen des Staates erfordert, vom Zwangseinfluß des Staates bzw. der Parteipolitik freie Wirtschaftsführung ermöglicht.

Zur Durchführung einer „gesunden“ Sozialpolitik wünscht das Unternehmertum den Ausbau der Selbstverwaltung der Beteiligten im Sinne der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und die Beschränkung staatlicher Maßnahmen auf Fälle, wo der unmittelbare Staatszweck ein Eingreifen des Staates erfordert.

Träger dieser Selbstverwaltung sind wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wobei jeder Arbeitnehmerzusammenschluß als „wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer“ unter Berufung auf Artikel 150 A.V. angesehen wird, der von der Gegenseite unabhängig und selbständig ist und seine Interessen auch gegen den Willen der anderen Seite durchsetzen kann, ohne daß hierfür notwendigerweise der Wirtschaftskampf vorgezogen zu sein braucht.

Die Vereinigung steht dem Gedanken der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches positiv gegenüber und ist bereit, an dem Ausbau eines Einzelarbeitsvertragsgesetzes zur Regelung der Einzelbeziehungen des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer mitzuwirken, daß die Anerkennung des Einzelvertrages als individuelles Schuldverhältnis mit gegenseitigen Rechten und Pflichten zur Grundlage hat.

Die Vereinigung erkennt für die Schaffung eines neuen Tarifvertragsgesetzes den Tarifvertrag als Grundlage für die Regelung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Boden freier Tarifvertragspolitik und als Instrument zur Förderung des sozialen Friedens an, wobei sie zum Ausdruck bringt, daß auch durch rechtliche Anerkennung der Betriebsvereinbarung in stärkerem Umfang als das bisher der Fall ist, der Betrieb als Ausgangspunkt jeder wirtschaftlichen und sozialen Geschehens zu seinem Recht verholten werden müsse. Vom Standpunkt der Förderung des sozialen Friedens, der Verantwortung der Parteien und der Erziehung geeigneten Führertums auf beiden Seiten verlangt die Vereinigung eine baldige gesetzliche Reform unseres Schlicht-

tungswesen, bei der sie unter Voranstellung des Grund-  
satzes tariflicher Schlichtungsausschüsse den Gedanken staat-  
licher Schlichtungstätigkeit anerkennt, aber eine Aenderung  
der Möglichkeit zur Verbindlichkeitsklärung von Schieds-  
sprüchen in der Weise verlangt, daß der Zwangseingriff  
des Staates auf das durch den unmittelbaren Staats-  
zweck begrenzte Maß beschränkt wird.

In der Lohnpolitik weist die Vereinigung auf die  
hohe wirtschaftliche Auswirkung des Lohnes als Selbst-  
kostenfaktor hin und damit auf die Bedeutung, die die  
Lohnentwicklung gerade im jetzigen Zeitpunkt auf die  
Kapital- und Preisentwicklung der deutschen Wirtschaft  
haben muß. Sie warnt daher auf das eindringlichste  
vor einer Lohnpolitik, die unter Außerachtlassung dieser  
wesentlichen Grundsätze betrieben wird.

Die Vereinigung erkennt die soziale und kulturelle  
Bedeutung des Achtstundentages an, muß aber jeden Ver-  
such einer schematischen Behandlung dieser Frage ablehnen,  
wie sie den Versuch für unverantwortlich hält, die Ar-  
beitszeit im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Notwen-  
digkeiten und der hierdurch bedingten Elastizität für die  
Betriebe zu verkürzen. Sie hat nach dieser Richtung  
begründete Einwendungen gegen den jetzigen Regierung-  
entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, zu dem sie mit beson-  
derem Nachdruck erklärt, daß sie eine Bindung unserer  
national-gesellschaftlichen Bestimmungen an das internationale  
Arbeitszeitabkommen mit Deutschlands weltwirtschaftlicher  
und allgemeinpolitischer Lage für unvereinbar hält.

In der Sozialversicherung erstrebt die deutsche Arbeit-  
geberchaft positive Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern  
in einem Sinne, der unter rationellster Verwendung der  
Mittel eine auskömmliche Leistung demjenigen gewährt, der  
ihrer wirklich bedürftig ist, um desto entschiedener auf  
der andern Seite unberechtigte Ausnutzung durch Ver-  
sicherte zu verhindern. In diesem Sinne wünscht die  
Vereinigung eine Reform unserer Sozialversicherung.

In der gleichen Weise ist die Arbeitgeberchaft der  
Arbeitslosenversicherung gegenüber eingestellt, bei der sie  
den hier zum Ausdruck gebrachten Grundsatz der Gemein-  
schaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern be-  
grüßt. Sie verlangt auch hier aus den gleichen wirtschaft-  
lichen und arbeitspsychologischen Gründen Abstellung an-  
erkannter und auch amtlich festgestellter Fehlerquellen, die  
dieses Gesetz aufweist.

Als nächster Redner war Herr Professor Dr. Schumpeter  
von der Bonner Universität vorgesehen, der in  
seinem Vortrage die Frage behandelte: „Kann eine Krise  
in der deutschen Wirtschaft verhindert werden?“  
Hierzu führte Vortragender aus: Seit mehr als einem  
halben Jahre findet bei uns ein Abgleiten der Konjunktur  
statt, über dessen Qualifikation als einer „Depression“  
heute wohl wenig Meinungsverschiedenheit besteht. Diese  
bekanntlich periodisch wiederkehrende Erscheinung des mo-  
dern Wirtschaftens brauchte an sich nicht viel zu  
bedeuten. Allein im vorliegenden Fall konstataren wir  
erstens, daß manche der „normalen Depressionssymptome“  
fehlen — so hat sich die Steigerung des Preisniveaus  
länger fortgesetzt als gewöhnlich — und zweitens, daß  
manche der bekannten therapeutischen Mittel — wie Dis-  
kontherabsetzung — nicht angewendet werden konnten.  
Das deutet auf eine tiefere Ursache der gegenwärtigen  
Depression als sie in der „normalen“ Reaktion auf einen  
Aufschwung gegeben ist, weshalb versucht werden muß,  
durch eine kausale Verknüpfung der verschiedenen Indices  
der Wirtschaftslage zu einer Diagnose des Gesamtzu-  
standes zu kommen. Dabei stoßen wir zuerst auf eine  
Gruppe von Indices, die an sich geeignet ist, ein über-  
aus erfreuliches Bild zu geben. So muß, rein wirtschaft-  
lich genommen, das Sinken des Bevölkerungszuwachses von  
rund 1,4 Prozent im Jahre 1908 auf 1/2 Prozent in-  
sofern günstig bewertet werden, als es viele wirtschaftliche  
Probleme erleichtert, zumal es mit höherem Wachstum  
der Erwerbstätigen und scharfer Senkung der Säuglings-  
sterblichkeit verbunden ist. Die Summe der privaten  
Seldeinkommen übertrifft die entsprechende Vorkriegssumme  
um ungefähr 50 Prozent, das dieser Summe entsprechende  
Realeinkommen ist etwas höher als vor dem Kriege.  
Insbesondere ist bei sinkender Arbeitszeit der Reallohn  
erheblich gestiegen, worüber eine, im Gang befindliche  
Untersuchung Näheres bringen wird — man darf vermuten,  
daß die Steigerung nicht wesentlich unter 20 Prozent liegt,  
ein Resultat, das nur von Amerika übertroffen und sonst  
niemals auch nur annähernd erreicht wird. Dem ent-  
spricht eine durch fast alle in Betracht kommenden Indices  
ausgedrückte Konsumausweitung. Die Resorption der Ar-  
beitslosigkeit im Jahre 1927 war ungeachtet des verblei-  
benden abnormal hohen Restes ein Beweis großer Kraft.  
Die Passivität des Außenhandels war an sich und als  
Folge der Kapitaleinfuhr sowohl unvermeidlich als auch  
nicht annähernd so bedenklich, wie oft angenommen wird.  
Die bedrängte Lage der Landwirtschaft, gewiß ein sehr  
ernstes Problem, ist keine spezifisch deutsche Erscheinung  
und ähnlich zu erklären, wie derselbe Sachverhalt nach  
den napoleonischen Kriegen in England. Da wir die  
momentane Lage analysieren, können die Preiszahlungen  
die vom auswärtigen Kapitalstrom her überfom-  
men sind, außer Betracht bleiben. Aber leider ist auch  
abgesehen davon, jenes erfreuliche Bild zum Teil trübe-  
risch. Wenngleich weder Passivität der Handelsbilanz  
— die nur infolge der Depression einer temporären Ak-  
tivität gewichen ist — noch die unzulängliche Verschönerung  
ganz die Bedeutung haben, die ihnen oft beigelegt wird,  
so ist doch zweifellos, daß der Kapitalzufluß jene

Ausweitung der Konsumtion zum Teil ermöglicht hat und  
sein Versiegen eine Lage schaffen muß, die in Verbindung  
mit den Darlehenszahlungen schwierig werden kann. Ganz  
unhaltbar ist es, daß die Rentabilität der Industrie, die  
gegen die Vorkriegszeit um durchschnittlich 30 Prozent  
gesunken ist, dauernd unter dem langfristigen Zinsfuß  
liegt, welcher gegen die Vorkriegszeit um rund 50 Pro-  
zent gestiegen ist. Das bedeutet, daß Investition heute,  
von den bekannten Inseln von Prosperität abgesehen, die  
es an einigen Stellen gibt, nur mit Verlust erfolgen  
kann, daß das Eigenkapital der Industrie nicht wirtschaft-  
lich, d. h. nicht so gearbeitet, wie es auf die Dauer mög-  
lich ist und daß „Selbstfinanzierung“ steigenden Schwierig-  
keiten begegnen muß. Da der Zinsfuß auf die Dauer nicht  
bankpolitisch beeinflusst werden kann, so würde, wenn sich  
die übrigen Kostenelemente als unzusammenrückbar er-  
weisen, eine Störung der Produktion und eine Steigerung  
der Arbeitslosigkeit unvermeidlich, d. h. ein Anpassungspro-  
zess nötig sein, der schmerzhaft und verlustreich ist —  
gegen welche Möglichkeit günstige Zufälle in die Waagschale  
zu legen sind. Nur Irrtümer über die angeblich wirt-  
schaftsfördernde Wirkung der Konsumausweitung, naiver  
Glaube an ungeheure Mengen und Reserven der Industrie  
und mangelnde Einsicht in die volkswirtschaftliche Be-  
deutung einer unter dem Zinsfuß liegenden Rentabilität  
— die vielmehr als eine bloß Aktionäre berührende Ange-  
legenheit betrachtet wird — verhillen die Tatsache, daß  
Ueberschneidung vorliegt — was sich auch darin zeigt,  
daß die Preise der Konsumartikel mehr steigen, als die  
der Produktionsmittel — und die Kapitalbildung ungenü-  
gend ist. In solcher Lage müßte und würde eine  
vernünftig geleitete sozialistische Gemeinschaft Einschränkung  
der Konsumtion verfügen. In der kapitalistischen Wirt-  
schaft kommt das, von Palliativen abgesehen, auf die  
Erhöhung der Rücklagen der Industrie und Privater hin-  
aus. Und darum handelt es sich in den Kämpfen der  
Gegenwart: Zwar erscheint in der privatwirtschaftlich-  
organisierten Wirtschaft jede soziale Funktion im Ge-  
wande eines privaten Interesses; aber das Wesen der  
Sache liegt nicht im Kampf der Klasseninteressen, son-  
dern im Kampf zweier unvereinbarer Allgemeininteressen.  
Des Interesses an momentaner Konsumtion und des In-  
teresses am Ausbau des Produktionsapparates des In-  
teresses der Gegenwart und des Interesses der Zukunft.

Der Vortrag von Professor Dr. Schumpeter ist eine  
würdige Ergänzung der Ausführungen von Professor  
Bederath. Beide wiederum haben sich der Mühe unter-  
zogen die Ausführungen von Herrn v. Vorjig einen wis-  
senschaftlichen Anstrich zu geben. Das ganze läuft darauf  
hinaus, die Löhne möglichst niedrig zu halten, die So-  
zialpolitik einzudämmen, das Schlichtungswesen auf das  
geringfügigste Maß zu beschränken und dem Reichsarbeits-  
ministerium jede gesetzliche Handhabe zu nehmen. Stei-  
gerung der Kaufkraft, durch Erhöhung der Reallohne,  
kommt für diese Leute gar nicht in Frage. Hat die La-  
gung an und für sich keine neuen Gedanken gebracht,  
so bedeutet das Festhalten an den alten Gedankengängen,  
daß die Arbeitnehmer überaus wachsam sein müssen, um  
alle Verschlechterungen abzuwehren, Verbesserungen zu er-  
reichen. Stärkung und Ausbau der Organisation muß  
daher nach wie vor als eine der ersten Aufgaben eines  
jeden Mitgliedes sein.

## Der Kampf auf den Seeschiffswerten.

Als Vorläufer des gewaltigen Aufrumpfes ist der  
seit dem 1. Oktober eingetretene Kampf auf den See-  
schiffswerten zu betrachten. Seit dieser Zeit stehen über  
45 000 Arbeiter im harten Kampfe. Hier geht es um die  
Verkürzung der Arbeitszeit und um Aufbesserung der  
Löhne. Nach den am 15. September gefällten Schieds-  
spruch sollte die Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden ver-  
kürzt und der Lohn für Vollarbeiter um 4 Pfg. erhöht  
werden. Dieser Spruch wurde von beiden Seiten abge-  
lehnt, eine Verbindlichkeitsklärung wurde auf Grund der  
neuen Stellungnahme des Reichsarbeitsministers nicht aus-  
gesprochen und so stehen sich beide Parteien wochenlang  
im harten Kampfe gegenüber. Auch die am 3. De-  
zember erneut angebahnten Schlichtungsverhandlungen ver-  
liefen ergebnislos. Die Wunden, die der deutschen Wirt-  
schaft durch diesen Kampf geschlagen werden, sind außer-  
ordentlich schwer. Von Sachverständigen werden die Ver-  
luste der Werften aus dem Lohnkonflikt auf monatlich  
ungefähr 4 Millionen geschätzt. Für die Betriebe des  
Deichtag-Konzerns allein werden die Gesamtverluste auf  
drei Millionen geschätzt. Jetzt hat das Reichsarbeits-  
ministerium erneut eingegriffen. Selbst, wenn im gün-  
stigsten Falle eine Einigung erzielt wird und die Arbeit  
am 2. Januar aufgenommen werden kann, würde ein  
Gesamtverlust von 12 Millionen zu verzeichnen sein. Auch  
dieser Kampf richtet sich in der Hauptsache gegen den  
Staat, gegen die Gewerkschaften.

## Was geht auf der Schichauwerft vor.

Die Schichauwerft in Elbing beschäftigt ungefähr zirka  
5000 Arbeiter. Seit längerer Zeit tauchen Gerüchte auf,  
daß diese Werft in Danzig und Elbing mit großen fi-  
nanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und gezwungen  
sei, größere Entlassungen vorzunehmen. Vorerst sollten  
am 15. Dezember 1500 Arbeiter zur Entlassung kommen.  
Stetsartig bringen die Tageszeitungen Berichte, die von  
einer Sanierung durch die Regierung wissen wollen.  
Diese Meldungen sind teilweise so widersprüchlich, daß

man daraus ein klares Bild nicht entnehmen kann. Rich-  
tig ist, daß die Regierung schon in einem früheren Zeit-  
punkt eingegriffen hat, und daß dieselbe sich auch jetzt  
wieder sehr ernst mit dieser Frage beschäftigt. Wie  
weit eine Sanierung tatsächlich erfolgen soll, entzieht sich  
unserer Kenntnis. Die „Elbinger Zeitung“ vom 13.  
Dezember bringt darüber folgende Notiz:

### Schichau-Sanierung?

3000 Arbeiter sollen weiterbeschäftigt werden!

Wie wir soeben aus zuverlässiger Quelle er-  
fahren, hat der Haushaltsausschuß des Reichstages  
am Mittwoch spät abends beschlossen, 3000 Arbeiter  
der Elbinger Schichauwerke weiter zu beschäftigen.  
Wir geben die Nachricht vorerst mit Vorbehalt  
weiter, da die Bestätigung noch nicht zu erlangen  
war.

Aus dieser mit Vorbehalt gegebenen Meldung ist so-  
viel zu entnehmen, daß unter Entlassung von zirka 2000  
Arbeitern eine gewisse Sanierung erfolgen soll. Ob diese  
Vermutung zutrifft, ist z. B. schwer festzustellen. Aus  
den aus Elbing einlaufenden Arbeitslosenmeldungen ist zu  
schließen, daß Entlassungen im Gange sind. Sollte sich  
die Meldung der „Elbinger Zeitung“ bestätigen, dann wird  
ein großer Teil der Elbinger Arbeiter vor eine sehr ernste  
Frage gestellt. Die Schichauwerft bedeutet für Elbing  
ein Kernpunkt der Geschäftsbetriebe. Dieser Betrieb hat,  
als er in vollem Gange war, Tausende von Arbeitern  
und Angestellten aus der Umgegend und weiterhin nach  
Elbing herangezogen. Die Entlohnung auf der Schichau-  
werft stand von jeher auf dem niedrigsten Lohnniveau,  
trotzdem wurde diese Arbeitsstätte viel aufgesucht, indem  
die Arbeiter auf dauernde Beschäftigung rechnen konnten.  
Jetzt kommt auch dieser Vorzug in Fortfall. Auf  
jeden Fall erscheint es zweckmäßig, volle Klarheit da-  
rüber zu schaffen, was auf den Werften gespielt wird, da-  
mit die Arbeiterschaft der Ungevoßtheit entrispen wird.

## Vertragskündigung in Rheinland und Westfalen.

Neben dem Mantelvertrag für das deutsche Holzge-  
werbe hat der mit dem rheinisch-westfälisch-lippischen Tisch-  
ler-Innungs-Verband abgeschlossene Vertrag eine größere  
Bedeutung. Dieser hat einen andern Ablaufstermin als  
der Mantelvertrag. Bei der Beschlussfassung über die  
Kündigung des Mantelvertrages wurden sich die drei Ar-  
beitnehmerorganisationen darüber einig, den „Bezirksarif-  
vertrag für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe“ eben-  
falls zu kündigen. Diese Kündigung ist am 1. Dezember  
erfolgt.

## Die Neuwahl in der Berliner Tischlerinnung.

Die seinerzeit in der Berliner Tischlerinnung getätigte  
Vertreterwahl wurde wegen großer Verstöße von der  
Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt. Unter Führung der  
Freien Vereinigung hatte sich nun aus den Berliner  
Tischlermeistern eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die in  
heftiger Opposition gegenüber dem bisherigen Vorstand  
der Berliner Tischlerinnung und dessen Obermeister Pätz  
steht. Wir versagen uns, auch nur auszugeweiht die  
gegenseitigen Angriffe wiederzugeben, die im wahren Sinne  
ein Schauspiel für Götter abgeben.

Am 17. Dezember fand nun unter Leitung des Ma-  
gistratskommissars Stadtrat Dr. Treitel erneut die Ver-  
treterwahl statt, die für die Arbeitsgemeinschaft einen  
vollen Erfolg und für Obermeister Pätz und dem bis-  
herigen Vorstand eine völlige Niederlage brachte. Von  
1012 Wählern wurden 999 gültige Stimmen abgegeben,  
davon erhielt die Opposition 754 Stimmen, die Liste  
Pätz 245 Stimmen. In etwa sechs Wochen findet die  
Wahl des Innungsvorstandes durch die Vertreterversam-  
mlung statt. Nach dem Ausfall der Vertreterwahl hat  
die Arbeitsgemeinschaft die Möglichkeit, sämtliche Vor-  
standsämter mit ihren Leuten zu besetzen.

## Max Liebcher †.

Wiederum ist einer unserer alten bewährten Kämpfer  
zur Ruhe gegangen.

Am 11. Dezember verstarb plötzlich an Schlaganfall  
der in Berliner Gewerkschaftskreisen allbekannte und ge-  
achtete Kollege

## Max Liebcher,

nachdem er wenige Tage zuvor sein 65. Lebensjahr be-  
endet hatte. Der Name Liebcher ist in der Gewerkschafts-  
geschichte kein unbekanntes. Der Vater des Verstorbenen  
war der erste Hauptgeschäftsführer des Gewerkschafts-  
vereins der Holzarbeiter. Von diesem wurde er früh mit den  
Ideen der deutschen Gewerkschaften vertraut gemacht, denen  
er auch nach Beendigung seiner Lehrzeit gottschalk beitrug  
und bis an seinen Lebensabend treu geblieben ist. Sein  
Ortsverein war Berlin-Königsstadt, hier fand der junge auf-  
strebende Kollege seinen Wirkungskreis. Als Berliner  
Kind mit dem nötigen Humor ausgestattet, fand er hier  
Gesinnungsfreunde, mit denen er jahrzehntelang Freud und  
Leid teilte.

**Bekanntmachung.**

Wandernde und zugereifte Kollegen haben sich bei ihrer Ankunft am Orte umgehend bei dem Vorstand des betreffenden Ortsvereins zu melden. Die Vorstandsmitglieder sind in erster Linie in der Lage, diesen zugereisten Kollegen die notwendige Auskunft über Arbeitsmöglichkeiten und örtlichen Verhältnisse zu erteilen, sie auch nach Möglichkeit in ihrem Fortkommen zu helfen. Kein Kollege versäume daher bei seiner Ankunft am fremden Orte den Kassierer oder ein sonstiges Vorstandsmitglied sofort aufzusuchen.

**Einsendung der Wahlergebnisse und Inventarverzeichnisse.**

Die Vorstände werden nochmals auf die pünktliche Einsendung der Resultate über die gefälligte Wahl der Vorstandsmitglieder und der Inventarverzeichnisse hingewiesen.

Der Hauptvorstand.

**Aus den Ortsvereinen.**

**Ansbad.** Am Sonntag, den 16. Dez. fand im Ortsverein Generalversammlung statt, die einen harmonischen Verlauf nahm. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Kollege Mönch der Versammlung Mitteilung von dem Ableben des Kollegen Trenheit, der allein dem Ortsverein schon seit 33 Jahren angehört und ein vorbildlicher Kollege stets gewesen war. In seinen guten Jahren hat er keine Versammlung versäumt und stets reges Interesse am Gewerkeleben bekundet. Tieferschüttert zollten die zahlreich Versammelten dem allen bewährten Kollegen durch Erheben von den Sitzen die letzte Ehre. Möge er sanft ruhen. Eintretend in die Tagesordnung wurde der Bericht der Verwaltung entgegengenommen und hauptsächlich mit großem Interesse der Kassenbericht. In leichtverständlicher Weise wurde hier den Mitgliedern vorgetragen, wie im Laufe des Jahres Einnahmen und Ausgaben sich zu hübschen Summen reihen, aber auch wie die Kollegen durch die Einrichtungen im Falle der Not, sei es Krankheit oder Erwerbslosigkeit, unterstützt werden. Dem Kassierer wurde für seine Mühewaltung herzlichster Dank gezollt und der Gesamtverwaltung volle Anerkennung ausgesprochen.

Die Neuwahl der Verwaltung vollzog sich wohl glatt und einträchtig, aber einen Mißklang gab der ganz unerklärliche und auch nicht recht verständliche Rücktritt unseres bewährten Vorsitzenden des Kollegen Hecht. Seine Tätigkeit wurde von allen Kollegen restlos anerkannt und ist sein Rücktritt bedauerlich. Da der Kollege Hecht persönlich nicht anwesend war, wählte die Versammlung den Kollegen Stark als Vorsitzenden, den Kollegen Fischer als Schriftführer und Kollegen Mönch als Kassierer. Als Beisitzer wurden die Kollegen Fischer und Lohmann gewählt.

Nachdem dann eine längere Aussprache über sozialpolitische Fragen, wobei auch der Wunsch laut geworden, wieder einmal einen Redner über diese Themen zu hören, fand Schluß der äußerst angeregten Versammlung statt.

**Schwelm i. Westf.** Die erste Monatsversammlung im neuen Jahre findet am Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr im Vereinslokal Kalthoff, Kaiserstraße statt. In dieser wird unser Bezirksleiter, Kollege Kemmer einen Vortrag über die gegenwärtigen Zeit- und Streitfragen halten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Ehrenpflicht sämtlicher Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.

**Groß-Berlin.**

Sonntag, den 6. Januar 1929 findet in den Räumen des Saalbau Friedrichshain, am Friedrichshain 16-23 ein

**weiterer Künstler-Abend**

statt.

Ein erstklassiges Programm von nur ersten Künstlern bietet einige gemüthliche Stunden. In den Nebenräumen und anschließend Tanz.

Saalloffnung 8 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Eintrittskarten im Vorverkauf 50 Pfg., Abendkasse 1,- Ml.

Eintrittskarten sind in den Büros, Kassierern und Vertrauensleuten zu haben.

Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand  
der „Sozialen Kommission.“  
Alfred Lange.

Max Liebster gehörte auch zu denen, die bereit sind, eine gewisse Verantwortung zu tragen. Viele Jahre hat er an der Spitze des Königsbäcker Ortsvereins gestanden, im Hauptvorstand hatte er den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden inne, in der früheren sogenannten Vorortskommission war er gleichfalls tätig. In den Ortsvereinsversammlungen war er einer der eifrigsten Besucher.

Dem wackeren Kämpfer war ein kurzer Todestampf beschieden. Jetzt ruht er aus, die Gewerkeinskollegen werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

**Pflicht.**

Die Zeit rückt immer näher, wo stunden- und tagelang über die neuen Lohn- und Arbeitstarife verhandelt werden muß. Allen Ernstes wird versucht, die Rechte der Kollegen zu wahren. Ist der Tarif abgeschlossen, dann gibt es noch eine Anzahl von Kollegen, die über die Arbeit der Gewerkschaften abfällige Urteile fällen. Ganz besonders sind es solche Arbeitskollegen, die nichts für die Organisation übrig haben, keine Beiträge zahlen, aber recht viel Vorteile von der Organisation haben möchten. Es gibt aber auch Kollegen, die aus reiner Freude am Nörgeln, die Abmachungen in Grund und Boden verdammen. Jedermann weiß, daß auf einmal nicht alles erreicht werden kann, was die Arbeiter haben müssen, um ihre Familien standesgemäß unterhalten zu können. Daran sind doch nicht die Gewerkschaften schuldig, sondern die Zeitverhältnisse. In vielen Fällen sind die Kollegen selbst schuld, daß nicht mehr erreicht werden konnte. Denken wir an das Meer der Gleichgültigen.

Aus allen diesen Vorgängen müßte man doch die Ueberzeugung gewinnen, daß jeder Kollege, ob alt oder jung dafür eintreten wird, jeden Arbeitgeber zu zwingen, mindestens das Zugespochene an Lohn, Ferien, Montagezuschläge usw. richtig zu zahlen. Dieses ist nicht immer der Fall. Vielmehr wird in vielen Fällen mit einer Gleichgültigkeit sondergleichen, die Tarifverfehlungen der Arbeitgeber hingeworfen. Es gibt daher auch eine große Anzahl von Arbeitgebern, die sich gar nicht nach den bestehenden Tarifen richten. Fürchterlich aufgeregt sind, wenn sie durch die Organisation auf die richtige Zahlung der Tariflöhne und -Zuschläge aufmerksam gemacht werden. Leider ist es ja auch schon vorgekommen, daß, wenn ein Kollege den richtigen Tariflohn oder die Zuschläge bei Montage usw. verlangt hat, kurz darauf unter einem angenommenen Grunde, die Arbeitsstelle verloren hat. Ein anderer Kollege trat an dessen Stelle und das grausame Spiel begann von neuem. So daß es oft nicht möglich war, den Arbeitgeber dafür verantwortlich zu machen.

Einige sehr drastische Fälle von Tarifverfehlungen seitens der Arbeitgeber spielten sich in der zweitgrößten Stadt Ostpreußens Elbing ab. Eine Feststellung hatte ergeben, daß nur zwei Betriebe F. Baumgarth und Woltenberg den bestehenden Tarif richtig erfüllten. Die übrigen Betriebe hatten fast alle gegen den Tarif verstoßen. Entweder waren die Montagezuschläge, oder sonst etwas nicht bezahlt. Ein Betrieb hatte sogar fertig gebracht, seinen Leuten nur 55 Pfg. Stundenlohn zu zahlen. Der Tariflohn betrug 89 Pfg. Als der Inhaber dieses Betriebes auf die Zahlung des Tariflohnes aufmerksam gemacht wurde, war er sehr entrüstet, wer ihn dazu zwingen könnte, einen höheren Lohn zu zahlen, als er für richtig halte. Auch vor dem Arbeitsgericht gebärdete sich der Herr sehr aufgeregt, daß er gezwungen werden könnte, Löhne zu bezahlen, die die Gesellen nicht verdienen. !!! Der Vorsitzende machte dem Herrn Tischlermeister ganz energisch darauf aufmerksam, daß abgeschlossene und noch dazu für allgemeinerbindlich erklärte Tarife genau gehalten und deren Sätze auch bezahlt werden müssen. Es blieb dem Herrn ja dann auch weiter nichts anderes übrig,

als die Differenz des Lohnes nachzuzahlen. Trotzdem die Tageszeitungen diesen Fall ausführlich brachten, klammerten sich die übrigen Arbeitgeber noch immer nicht um den Tarif. Ein Arbeitgeber nach dem andern mußte sich vor dem Arbeitsgericht sagen lassen, daß er den Tarif zu halten und danach zu zahlen hätte. Alles waren es Arbeitgeber, die städtische Arbeiten, sowohl Reparaturen, wie auch neu anzufertigen hatten. Da waren aber nicht die niedrigen Löhne eingesezt. Ganz besonders nicht bei Reparaturen.

Dieses veranlaßte unsere Kollegen im Stadtparlament (die Gewerkevereine S.-D. bilden mit 4 Stadtverordneten eine eigene Fraktion) folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die städtischen Verwaltungen und Dienststellen nur an solche Unternehmer Arbeiten vergeben dürfen, die ihre Arbeiter und Angestellten nach den für die betreffende Branche gültigen Tarifverträge beschäftigen und Löhne zahlen.

Ist ein Unternehmer des Tarifbruchs gegenüber seinen Arbeitern oder Angestellten überführt, so erhält er keine städtischen Arbeiten mehr übertragen.

Dieser Antrag wurde von dem Bezirksleiter des Gewerkevereins der Holzarbeiter vor dem Stadtverordneten-Plenum in längerer Ausführungen begründet. Sämtliche Redner äußerten sich in zustimmendem Sinne. Auch der Vertreter des Magistrats äußerte sich in zustimmendem Sinne und ersucht alle Fälle mitzuteilen, wo die Tarife nicht gehalten werden. Sonst müßte der Magistrat sich die Lohnlisten vorlegen lassen und dieses erfordere doch viel Arbeit. Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag wörtlich von allen Parteien einstimmig angenommen.

Dem Magistrat sollen denn auch jetzt in Zukunft alle Unternehmer rücksichtslos gemeldet werden, die gegen die bestehenden Tarife verstoßen. Wenn den betreffenden Herren dann auf absehbare Zeit keine städtischen Arbeiten mehr übertragen werden, wird sich schon jeder daran gewöhnen, die bestehenden Tarife, sowohl in Lohn wie Arbeitszeit inne zu halten. Daß der Magistrat sich nach dem Antrage richten wird, dafür wird schon Sorge getragen werden.

Da fast in allen Orten gegen die bestehenden Tarife von seiten der Unternehmer verstoßen wird, ist es Pflicht eines jeden Kollegen energisch dagegen Stellung zu nehmen. Wird auch nur in einem Punkte am Tarife nachgelassen, so glaubt der Unternehmer sich immer mehr heraus zu nehmen und dieses erschwert später das ganze weitere Verhandeln. Die Tarife sollen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sie sollen auch von beiden Seiten genau gehalten werden. Es ist heiligste Pflicht jedes einsichtigen Kollegen, die Organisation in diesem Bestreben zu unterstützen. Die Kommunal- und Staatsbehörden sind verpflichtet, soweit es sich um deren Arbeiten handelt, die Bestrebungen zu unterstützen. Es muß nur der entscheidende Wille der Kollegen vorhanden sein, so wird auch dieses erreicht werden. An der energischen Mitarbeit des Gewerkevereins der Holzarbeiter um genaue Durchführung der bestehenden Tarife, soll es nicht fehlen. Einem jeden soll sein Recht werden.

**Reichs-Unfallverhütungswoche.**

In der Woche vom 24. Februar bis 3. März 1929 findet eine Reichsunfallverhütungswoche statt. Der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften hat sich die Mitarbeit der daran interessierten Behörden und Organisationen gesichert. Auch die Spitzenverbände der Gewerkschaften sind daran beteiligt. Geplant ist eine großartige Propaganda, die durch Vorträge, Lichtbilder und Filmvorführungen unterstützt wird und den Zweck verfolgt, die breitesten Massen für eine intensive Bekämpfung der Unfallgefahren auf allen Gebieten zu interessieren. Die Vorbereitungen sind bereits im Gange. Die Ausführung liegt in den Händen der Bezirks- und Ortsausschüsse, in denen auch die Gewerkschaften vertreten sind. Wir bringen bereits ein Bild von Unfallverhütungsbildern, dem wir weitere folgen lassen werden. Die Matern dazu sind uns bereitwillig durch die Unfallbild G. m. b. H., Berlin W. 9, Köthenerstr. 37, zur Verfügung gestellt worden.

**Eine Heimstätte des Gewerkschaftsringes für Erholung und Schulung seiner Mitarbeiter.**

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat in dem herrlich gelegenen Bad Münster am Stein das moderne und große Hauptgebäude des Hotel „Baum“ käuflich erworben. Das erworbene Hotel wird zu einem Erholungs- und Ferienheim für die freiheitlich-nationalen Gewerkschaften umgebaut werden. Es soll in der Hauptsache Kurgäste aus dem besetzten und früher besetzten Gebiet unter günstigen Voraussetzungen zum Kur- und Erholungsaufenthalt beherbergen. Für die Vor- und Nachsaison sind alljährlich größere Schulungskurse vorgesehen, die für die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Gewerkschaftsring-Verbände aus dem besetzten und früher besetzten Gebiet eingerichtet werden sollen.

**HELF!**  
**UNFALLE**  
**VERHÜTEN!**

**REICHS-UNFALLVERHÜTUNGS-**  
**WOCHE: 24. FEBR.-3. MÄRZ 1929**

VERANLASST VON DEN VERBÄNDEN DER  
DEUTSCHEN BERUFGENOSSENSCHAFTEN.